

Mobilfunkanlagen: Stadt sagt stopp

Ein deutliches Votum gegen weitere Mobilfunkanlagen gab es gestern in der Kulmbacher Stadtratssitzung. Das Gremium beschloss, keine weiteren Masten auf städtischen Liegenschaften zuzulassen und zu prüfen, ob Verträge für bereits bestehende Sender gekündigt werden können.

KULMBACH – Damit hat der Stadtrat eine überraschende 180-Grad-Wende zu seiner bisherigen Haltung hinsichtlich der Mobilfunkanlagen vollzogen. Bis gestern galt: Die Stadt wirkt bei der Standortsuche mit, die Nähe von Schulen, Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen bleibt tabu, zusätzlich müssen die zehnmal strengeren Schweizer Strahlungsgrenzwerte eingehalten werden.

Die erneute Diskussion wurde durch einen Dringlichkeitsantrag entfacht, der auf Wunsch der Stadträte Jörg Kunstmann (CSU), Volker Wack (Grün-Offene Liste) und des UBK-Vertreters Herbert Münch auf die Tagesordnung kam. Sie hatten vor einer Woche an einer Veranstaltung des Elternbeirates der Realschule teilgenommen, bei der äußerst kritische Stimmen zum Thema Mobilfunk laut geworden waren.

„Dort wurden die Ergebnisse von Studien präsentiert, die auf negative gesundheitliche Auswirkungen der Strahlung hinweisen“, so Jörg Kunstmann zur Begründung des Antrags. Bei der Realschule ging es vor allem um einen Sendemast, der auf der nahen ATS-Gaststätte platziert ist.

Einige besorgte Kulmbacher überreichten Bürgermeister Henry Schramm zu Beginn der Stadtratssitzung eine Unterschriftenliste zum Thema Mobilfunk. Schramm selbst hatte sich vor wenigen Tagen bereits eindeutig auf die Seite der Gegner geschlagen: Mit ihm werde es keine zusätzlichen Sender auf stadteigenen Gebäuden oder Grundstücken geben.

„So lange die Wissenschaftler nicht eindeutig geklärt haben, welche gesundheitlichen Risiken es gibt, sollten wir keine neuen Anlagen genehmigen“, forderte der frühere SPD-Bürgermeister und jetzige UBK-Stadtrat Herbert Münch. Er ging sogar noch einen Schritt weiter: Die Verwaltung solle auch prüfen, ob der Abbau vorhandener Mobilfunkmasten möglich ist und welche Kosten dadurch gegebenenfalls auf die Stadt zukommen.

Überraschend schloss sich der Stadtrat fast geschlossen dieser „harten Linie“ an. Nur Alexander Meile von der WGK fragte süffisant, ob seine Kollegen dann auch ihre Handys abgeben würden. Sachliche Kritik kam dagegen vom stellvertretenden SPD-Sprecher Ingo Lehmann, der am Ende auch als Einziger gegen den Beschluss stimmte.

Lehmann argumentierte, mit dieser neuen Haltung gebe die Stadt das Heft des Handelns aus der Hand. Der SPD-Politiker: „Bisher hatten wir Einfluss auf die

Standortwahl und haben von den Unternehmen die Einhaltung sehr strenger Grenzwerte verlangt. Das wird künftig nicht mehr möglich sein; und die Masten werden einfach woanders auf privaten Gebäuden gebaut.“

Oberbürgermeister Henry Schramm will mit der Ablehnung neuer Funkmasten durch die Stadt auch ein Zeichen an die Bürger setzen. In diese Richtung geht ein zusätzlicher Vorstoß von Grünen-Stadtrat Volker Wack. Über viele Jahre hinweg stand er mit seiner Ablehnung des Mobilfunks meist alleine. Er freute sich natürlich jetzt besonders über das Umdenken seiner Kollegen. Wack: „Wir sollten in Kulmbach eine Informationsveranstaltung zu den Gefahren der Funkstrahlung machen und die Bürger zum Boykott aufrufen, wie dies auch schon die Stadt Kronach gemacht hat.“

Wenig Diskussionsstoff bot im Stadtrat gestern dagegen ein Thema, das die Gemüter im vergangenen Jahr erhitzt hat: die Haribo-Ausstellung im Einkaufszentrum „Fritz“. Jetzt ist es ohnehin zu spät, werden sich die meisten Anwesenden gedacht und folgerichtig geschwiegen haben. Abzusegnen war aber noch der stolze Fehlbetrag von mehr als 80 000 Euro, auf dem die Verwaltung sitzengeblieben ist.

Das fast sechsmonatige „Event“ endete Anfang Januar mit einer betriebswirtschaftlich katastrophalen Bilanz: Statt geplanten 40 000 wollten nur 11 000 Besucher die Schau sehen. Geschätzten Einnahmen von mehr als 120 000 Euro stehen knapp 62 000 Euro gegenüber, die auch tatsächlich in die Kassen geflossen sind. Da sich auch die Ausgaben kräftig erhöht haben, bleibt unter dem Strich jenes Minus von mehr als 80 000 Euro.

Henry Schramm war der einzige, der diese Bilanz noch kommentieren wollte: „Wenn das abzusehen gewesen wäre, hätten wir die Ausstellung sicher nicht gemacht. Künftig werden wir solche Dinge anders angehen. Unter meiner Führung wird es so etwas nicht mehr geben!“ GERD EMICH

Als Nachrückerin für seinen bisherigen Platz im Kulmbach Stadtrat nahm Oberbürgermeister Henry Schramm gestern der CSU-Politikerin Margret von Schkopp den Amtseid ab.

GERD EMICH

+++++

+++ Bürgerwelle Lauterbach +++ Sonnenweg 43, 36341 Lauterbach +++
Ansprechpartner: Klaus Euler +++ Telefon (06641) 5816, Fax (06641) 918 884 +++
Internet: www.buergerwelle-lauterbach.de +++ eMail: info@buergerwelle-lauterbach.de

Wer ist die Bürgerwelle? Die Bürgerwelle ist ein Zusammenschluss von Bürgern in Lauterbach, die dafür eintreten, dass keine Mobilfunkanlagen in Wohngebieten und sensiblen Bereichen wie Kindergärten, Altenheimen und Schulen errichtet werden. Die Bürgerwelle fordert, dass die Stadt Lauterbach eine intelligente und gesundheitlich unbedenkliche Standortpolitik für Mobilfunkanlagen betreibt.

+++++